

Schriftführer:

Frau Petra Seidel-Fisch, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Herr Michel Duhn, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils
der Sitzung vom 13.03.2019**
- 3 **Vorstellung der Polizeistatistik des Jahres 2018**
- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 Smart City Konzept für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0254
Fraktion CDU/ANW
neue Fassung vom 13.03.2019
 - 4.2 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 17/SVV/0604
Fraktion DIE LINKE
Fassung vom 30.10.2018
 - 4.3 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Fraktion DIE aNDERE
 - 4.4 Grundstückserwerb Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0521
Fraktion DIE aNDERE
neue Fassung Fraktion DIE aNDERE vom 07.01.2019
neue Fassung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019
 - 4.5 Statistischen Jahresbericht nach Geschlechtern darstellen
Vorlage: 18/SVV/0891
Stadtverordnete Janny Armbruster, Gesine Dannenberg, Birgit Eifler, Saskia
Hüneke, Dr. Sigrid Müller, Ingeborg Naundorf, Dr. Karin Schröter, Jana Schulze,
Katharina Tietz
 - 4.6 Gewerbebrache im Kirchsteigfeld entwickeln
Vorlage: 19/SVV/0015
Einreicher: Fraktionen SPD, Die LINKE, CDU/ANW
Äa Fraktion AfD vom 06.03.2019

- 4.7 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen
Vorlage: 19/SVV/0034
Fraktion CDU/ANW
- 4.8 Erweiterung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 19 (Groß
Glienicke)
Vorlage: 19/SVV/0150
Fraktionen DIE LINKE, DIE aNDERE, Bürgerbündnis-FDP
- 4.9 Gerechtes Parken in Drewitz - Senkung der Kosten für die Anwohnerparkkarte
Vorlage: 19/SVV/0163
Fraktionen SPD und CDU/ANW
- 4.9.1 Evaluierung Verkehrsführungen und Parkraumbewirtschaftungskonzept
Gartenstadt Drewitz
Vorlage: 19/SVV/0105
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.10 Einwohner*innenversammlung RAW-Bebauung
Vorlage: 19/SVV/0188
Fraktion DIE aNDERE
zur Erledigung
- 4.11 Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH
Vorlage: 19/SVV/0194
Fraktion DIE LINKE
- 4.12 Gründung einer quartiersbezogenen Gesellschaft in Krampnitz zwischen der
Energie und Wasser Potsdam GmbH, der Stadtwerke Potsdam GmbH und der
Deutsche Wohnen
Vorlage: 19/SVV/0198
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.13 Entwicklungsmaßnahme Krampnitz: Beschluss der Masterplanung Krampnitz
Vorlage: 19/SVV/0205
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Prüfergebnis Kiezbad für den Norden
gemäß Beschluss: 18/SVV/0534
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 5.2 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft
Vorlage: 19/SVV/0278
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 5.3 Prüfung Erweiterung B-Plan Nr.19 im OT Groß Glienicke
Vorlage: 19/SVV/0101
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.4 **Vorstellung "Haus des Sports"**
- 5.5 **Information zum Mentoringprogramm für Frauen**
- 6 **Verfahren zum Umgang mit offenen Anträgen und Beschlussvorlagen**
- 6.1 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg
17/SVV/0365
- 6.2 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisk
17/SVV/0715
- 6.3 Durchgangsverkehr Hügelpfad reduzieren
18/SVV/0055
- 7 **Sonstiges**

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.03.2019

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 18 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückstellungen:

- Der **Tagesordnungspunkt 4.8**, Erweiterung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 19 (Groß Glienicke), Vorlage 19/SVV/0150, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

- Der **Tagesordnungspunkt 5.3**, Prüfung Erweiterung B-Plan Nr. 19 im OT Groß Glienicke, Vorlage 19/SVV/0101, soll ebenfalls zurückgestellt werden, da diese Vorlage gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.8 behandelt werden soll.
- Der **Tagesordnungspunkt 4.9**, Gerechtes Parken in Drewitz-Senkung der Kosten für die Anwohnerparkkarte, Vorlage 19/SVV/0163, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 5.1**, Prüfergebnis Kiezbad für den Norden, gemäß Beschluss: 18/SVV/0534 soll bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 10.04.2019 zurückgestellt werden.

Erweiterungen:

- Unter **Tagesordnungspunkt 7., Sonstiges**, informiert Herr Richter über den Sportplatz am Lerchensteig und Herr Jetschmanegg zur Vertragsverlängerung des mitMachen e.V.

Änderung in der Reihenfolge:

- Der Tagesordnungspunkt 4.11, Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH soll in der Tagesordnung vorgezogen werden, da Herr Grebner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH, einen Folgetermin wahrnehmen muss.

Rederechte:

- Zu **Tagesordnungspunkt 4.7**, Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen, Vorlage 19/SVV/0034, hat die Fraktion CDU/ANW Rederecht für Herrn Adams beantragt. Herr Finken erklärt namens der Fraktion den Verzicht auf das Rederecht.
- Zu **Tagesordnungspunkt 5.4**, Vorstellung „Haus des Sports“ wird für Herrn Gerlach, Vorstandsvorsitzender des Landessportbundes, das Rederecht beantragt.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift der 91. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 13.03.2019 wird mit 15 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Vorstellung der Polizeistatistik des Jahres 2018

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Leiter der Polizeiinspektion, Herrn Toppel, der mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Potsdam für das Jahr 2017 vorstellt. Er geht in seinen Ausführungen auf **Einsatzangelegenheiten**, wie z.B. die Anzahl der Einsätze bei Verkehrsunfällen, die **Kriminalitätslage**, wie z.B. Straftaten zu ausgewählten Deliktbereichen und in ausgewählten Stadtteilen sowie die Deliktverteilung und die **Verkehrslage** ein.

Anschließend beantwortet Herr Toppel die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Herrn Hohloch, ob der Potsdamer

Hauptbahnhof ein Kriminalitätsschwerpunkt sei, von Herrn Dr. Bauer zum Anstieg von Betäubungsmitteldelikten und von Frau Michalske, zum Vergleich des Potsdamer Hauptbahnhofs zu anderen Bahnhöfen. Auf die Frage von Herrn Heinzl zur gefühlten Sicherheitslage entgegnet Herr Toppel, dass das Niveau gleichbleibend sei, sich jedoch auch Kriminalitätsschwerpunkte im Wandel befinden würden.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Smart City Konzept für Potsdam**

Vorlage: 17/SVV/0254

Fraktion CDU/ANW

neue Fassung vom 13.03.2019

Herr Finken bringt namens der Fraktion CDU/ANW eine neue Fassung, mit Datum vom 25.03.2019 ein.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich neben dem Oberbürgermeister und Herrn Jetschmanegg auch Frau Armbruster, Herr Dr. Scharfenberg und Herr Schüler beteiligen, wird u.a. darauf verwiesen, dass die Ausschreibungsbedingungen für mögliche Modellprojekte noch nicht bekannt sind.

Herr Kirsch beantragt, die neue Fassung in der ersten Zeile wie folgt zu ändern:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, ob und in welcher Form...**

Herr Finken übernimmt die Änderungen.

Im Anschluss wird die so geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form

- 1. für Potsdam unter Einbeziehung von Experten sowie vor dem Hintergrund von Erfahrungen in anderen Städten ein Smart City Konzept zu entwickeln. Der Rahmen hierfür ergibt sich aus der Veranstaltung „total digital“ vom 25.11.2017. Das Konzept beinhaltet vor allem die Themen Verwaltung, Bildung, Mobilität, Wirtschaft und digitales Stadtwerk. Die Diskussion und Erstellung des Konzeptes, in das bestehende Lösungen, Ansätze, Erfahrungen und Planungen auch der städtischen Betriebe einfließen sollen, erfolgt im Digitalisierungsforum. Die Schwerpunktsetzung und die Zeitplanung bei der Erstellung des Smart City-Konzeptes wird in diesem Gremium unter Berücksichtigung von Visionen und praktischen Anwendungsbeispielen vereinbart.*

2. *Sich beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), das am 29.03.2019 den Aufruf für die Modellprojekte für Smart Cities für Städte, Gemeinde und Kreise startet, zu bewerben. Im ersten Förderaufruf geht es darum, Smart City Strategien und Konzepte gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft zu entwickeln. Die Bewerbungsfrist endet am 17. Mai 2019.
Dem Hauptausschuss ist halbjährlich, erstmals im ersten Quartal 2020 über den Stand der Entwicklung, zur Bewerbung im 3. Quartal 2019 zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 2 Stimmenthaltungen.

zu 4.11 Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH
Vorlage: 19/SVV/0194
Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Müller bringt namens der Fraktion DIE LINKE, folgende neue Fassung, mit Datum vom 26.03.2019, ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH mit der Gewerkschaft Ver.di und dem Betriebsrat Gespräche mit folgender Zielstellung zu führen:

1. *Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH, dem Klinikum Westbrandenburg (Standort Potsdam) und allen 100%igen Tochtergesellschaften des Klinik Konzerns besonders im Bereich der Pflege.*
2. *Die Aufnahme von Tarifverhandlungen anzustreben, um einen Tarifabschluss mit gleichen Tarifbedingungen für alle Beschäftigtengruppen in der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH, dem Klinikum West Brandenburg (Standort Potsdam) und aller 100%igen Tochtergesellschaften zu erreichen.*
3. *Zu prüfen, welche Instrumente in einer Konzernbetriebsvereinbarung zwischen Konzernbetriebsrat und Geschäftsführung verankert werden können, um die Mitarbeitendenzufriedenheit für alle Beschäftigtengruppen gleichermaßen zu gewährleisten (z.B. regelmäßige Mitarbeitendenbefragungen, Benchmarking usw.)*

In den Gesprächen finden die Arbeitsstände und Ergebnisse der regelmäßigen Standortbestimmungen und die Berichte der Risikokommission Eingang.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im November 2019 über die Ergebnisse in einer Mitteilungsvorlage zu informieren.

Herr Grebner, Vorsitzender der Geschäftsführung des Klinikums Ernst von Bergmann gGmbH, erläutert anhand einer Präsentation die Evaluation des Gesamtkonzerns und beleuchtet folgende Schwerpunkte:

- Unternehmens- und Führungskultur,
- Transparenz von Entscheidungen,
- Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden,
- Personalbemessung; Einhaltung von Standards,
- Zufriedenheit der Mitarbeitenden,
- Sicherung von Standards in der Pflege und in der ärztlichen Versorgung sowie die
- Struktur und Organisation der Arbeitsabläufe

In der sich anschließenden Diskussion wird darauf verwiesen, dass die Mitarbeitenden die Situation anders wahrnehmen und mit der Firmenpolitik nicht zufrieden sind.

Herr Schubert führt aus, dass es wegen der bestehenden Probleme erste Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaft Verdi und dem Betriebsrat gegeben habe.

Im Anschluss wird der Antrag in der neuen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH mit der Gewerkschaft Ver.di und dem Betriebsrat Gespräche mit folgender Zielstellung zu führen:

- 1. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH, dem Klinikum Westbrandenburg (Standort Potsdam) und allen 100%igen Tochtergesellschaften des Klinikkonzerns besonders im Bereich der Pflege.*
- 2. Die Aufnahme von Tarifverhandlungen anzustreben, um einen Tarifabschluss mit gleichen Tarifbedingungen für alle Beschäftigtengruppen in der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH, dem Klinikum West Brandenburg (Standort Potsdam) und aller 100%igen Tochtergesellschaften zu erreichen.*
- 3. Zu prüfen, welche Instrumente in einer Konzernbetriebsvereinbarung zwischen Konzernbetriebsrat und Geschäftsführung verankert werden können, um die Mitarbeitendenzufriedenheit für alle Beschäftigtengruppen gleichermaßen zu gewährleisten (z.B. regelmäßige Mitarbeitendenbefragungen, Benchmarking usw.)*

In den Gesprächen finden die Arbeitsstände und Ergebnisse der regelmäßigen Standortbestimmungen und die Berichte der Risikokommission Eingang.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im November 2019 über die Ergebnisse in einer Mitteilungsvorlage zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 4.2 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden

Vorlage: 17/SVV/0604

Fraktion DIE LINKE

Fassung vom 30.10.2018

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass davon ausgehend, dass die Landeshauptstadt von sich aus alles Notwendige unternehmen werde, folgendes Verfahren verabredet werden könnte:

Der Hauptausschuss stimmt über die Vorlage in der heutigen Sitzung nicht ab.

1. Es wird eine einjährige Testphase durchgeführt.
2. Über die Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts bzw. den Verzicht wird vierteljährlich im Hauptausschuss Bericht erstattet.
3. Darzustellen ist, wieviel Arbeitszeit und Manpower benötigt wird.
4. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.04.2019 wird eine, von den Fraktionen und der Verwaltung erarbeitete neue Fassung vorgelegt.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.3 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese

Vorlage: 18/SVV/0348

Fraktion DIE aNDERE

Herr Dr. Bauer bestätigt namens der antragstellenden Fraktion, dass eine Vereinbarung zwischen dem Kommunalen Immobilienservice (KIS) und dem SV Concordia Nowawes 06 e.V. geschlossen wurde, welche den Intentionen des Antrages entspricht.

Damit sei das Anliegen durch Verwaltungshandeln erledigt.
Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.4 Grundstückserwerb Krampnitz

Vorlage: 18/SVV/0521

Fraktion DIE aNDERE

neue Fassung Fraktion DIE aNDERE vom 07.01.2019

neue Fassung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019

Herr Dr. Bauer erklärt namens der Fraktion DIE aNDERE, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019 mit folgendem Wortlaut übernommen wird:

Der erste Satz wird ersetzt durch:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein wohnungspolitisches Konzept für den neuen Stadtteil Krampnitz vorzulegen. Folgende Prämissen sollen dabei Orientierung sein:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die städtische Wohnungsgesellschaft ProPotsdam GmbH im Entwicklungsgebiet Krampnitz mindestens 1.000 Wohnungen baut und die hierfür erforderlichen Grundstücke erwirbt.

2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass Grundstücke für die Errichtung von mindestens 2.000 weiteren Wohnungen an Wohnungsgenossenschaften, Baugruppen oder gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden. Die Vergabe dieser Grundstücke soll nicht zum Höchstgebot erfolgen, sondern im Rahmen von Konzeptvergaben. Außerdem sollen die Grundstücke nicht verkauft werden, sondern durch Erbbaupachtverträge veräußert werden.

Statt Punkt 3 wird nur der Satz angeschlossen:

Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2019 vorgelegt werden.

In der sich anschließenden Diskussion wird vorgeschlagen, ein entsprechendes Konzept zu erstellen und Vergabekriterien festzulegen.

Im Weiteren wird darauf verwiesen, dass ein Erbbaurecht nicht für jedes Gebiet geeignet und aus stadtwirtschaftlicher Sicht für die Landeshauptstadt nicht praktikabel sei. Dennoch sei es grundsätzlich ein gutes Instrument.

Anträge zur Geschäftsordnung:

Herr Kirsch beantragt, den Antrag zurückzustellen.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 6 Gegenstimmen.

Herr Finken beantragt festzustellen, dass der Punkt 1 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt, den Beschlusstext in Punkt 2 wie folgt zu ändern:

2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass **ein hoher Anteil der** Grundstücke für die Errichtung ~~von mindestens 2.000 weiteren~~ Wohnungen an Wohnungsgenossenschaften, Baugruppen oder gemeinwohlorientierte Träger vergeben ~~werden~~ **wird**. Die Vergabe dieser

Grundstücke soll nicht zum Höchstgebot erfolgen, sondern im Rahmen von Konzeptvergaben.
~~Außerdem sollen die Grundstücke nicht verkauft werden, sondern durch Erbbaupachtverträge veräußert werden.~~

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Im Anschluss wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag in der geänderten Fassung zu beschließen:

2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass ein hoher Anteil der Grundstücke für die Errichtung ~~von mindestens 2.000 weiteren~~ Wohnungen an Wohnungsgenossenschaften, Baugruppen oder gemeinwohlorientierte Träger vergeben ~~wird~~ wird. Die Vergabe dieser Grundstücke soll nicht zum Höchstgebot erfolgen, sondern im Rahmen von Konzeptvergaben.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 4.5 Statistischen Jahresbericht nach Geschlechtern darstellen

Vorlage: 18/SVV/0891

Stadtverordnete Janny Armbruster, Gesine Dannenberg, Birgit Eifler, Saskia Hüneke, Dr. Sigrid Müller, Ingeborg Naundorf, Dr. Karin Schröter, Jana Schulze, Katharina Tietz

Frau Armbruster führt aus, dass dem Auftrag des Hauptausschusses entsprechend ein Gespräch mit Vertretern der Verwaltung stattgefunden habe.

Herr Dr. Bauer bittet um eine rhetorische Überarbeitung des Antrages; Frau Armbruster sagt dies namens der Antragstellerinnen zu.

Im Anschluss wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Wir fordern den Oberbürgermeister auf, nach Geschlechtern disaggregierte Daten im Statistischen Jahresbericht der Stadt Potsdam zu veröffentlichen. Zudem ist eine geschlechtersensible Sprache in entsprechenden Berichten zu verwenden, um Frauen* und Menschen, die sich in anderen Formen der geschlechtlichen Zuschreibung finden, welche sich jenseits von cisgender¹ bewegen, nicht länger sprachlich zu diskriminieren.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 4.6 Gewerbebrache im Kirchsteigfeld entwickeln

Vorlage: 19/SVV/0015

Einreicher: Fraktionen SPD, Die LINKE, CDU/ANW

Äa Fraktion AfD vom 06.03.2019

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr hat folgender neuen Fassung zugestimmt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den Bebauungsplan Nr. 18 „Kirchsteigfeld“ inhaltlich mit dem Ziel zu überarbeiten, dass auf Teilflächen zur Seite der Ricarda-Huch-Str. Wohnnutzungen (nach Möglichkeit auch in Kombination mit gewerblichen und dienstleistungsorientierten Nutzungen in den Erdgeschosszonen), Einrichtungen für soziale Nutzungen und personennahe Dienstleistungen (z. B. Altenwohnen, Pflegeeinrichtungen, Kita, etc.) und auf Teilflächen zur Seite der BAB 115 büroorientierte gewerbliche Nutzungen entstehen können.

Dabei soll die Integration der bereits ortsansässigen Betriebe in das städtebauliche Konzept oder deren stadtgebietsinterne Verlagerung durch die Projektentwickler gewährleistet werden. Es soll geprüft werden, wie viel der bisher geplanten Bruttogeschossfläche auf den Baufeldern entlang der Autobahn 115 für die Ansiedlung von Gewerbe im Verhältnis zur Wohnbebauung realisiert werden kann.

Weiterhin soll geprüft werden, welche planungsrechtlichen Vorgaben und vertraglichen Verpflichtungen getroffen werden müssen, um sicherzustellen, dass vor der Erteilung von Baugenehmigungen die zusätzliche Verkehrserschließung durch die Projektentwickler realisiert ist. Die verkehrliche Erschließung ist unter größtmöglichem Erhalt des südlich angrenzenden Waldstückes zu planen.

Eine Realisierung der Wohnbaurechte ohne vorherige oder wenigstens gleichzeitige Realisierung der Gewerbebaurechte soll dabei ausgeschlossen sein.

Auf den Wohnbauflächen sind gemäß Potsdamer Baulandmodell mietpreis- und belegungsgebundener Wohnraum herzustellen sowie die Kostenbeteiligung an den neu verursachten Platzbedarfen in Krippe, Kita, Hort und Grundschulen zu leisten.

Die hier formulierten Vorgaben konkretisieren die Planungsziele der Bebauungsplanänderung und bilden gleichzeitig die Rahmenbedingungen für den im Zuge der Vorbereitenden Untersuchungen (vgl. Beschluss 14/SVV/0807) mit den Eigentümern zu verhandelnden Städtebaulichen Vertrag. In diesem Vertrag sind die Verpflichtungen der Vertragspartner zur Abwendung des besonderen Städtebaurechts, im Bezug der verkehrlichen Erschließung und im Rahmen des Potsdamer Baulandmodells zu fixieren. Dies soll nicht vor der beabsichtigten Novellierung der Baulandrichtlinie erfolgen.

Herr Dr. Scharfenberg unterstützt diese neue Fassung, verweist aber darauf, dass die Intention des Antrags in Bezug auf das Verhältnis zwischen Gewerbe-

und Wohnbebauung eine andere war.

Er beantragt namens seiner Fraktion, im 2. Absatz, den Satz 2 wie folgt zu ändern:

... Es soll geprüft werden, ~~wie viel der~~ die bisher geplanten Bruttogeschossfläche auf den Baufeldern entlang der Autobahn 115 für die Ansiedlung von Gewerbe im Verhältnis zur Wohnbebauung realisiert werden kann...

Abstimmung:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Herr Hohloch zieht den Änderungsantrag der Fraktion AfD zurück.

Im Anschluss wird die so geänderte neue Fassung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den Bebauungsplan Nr. 18 „Kirchsteigfeld“ inhaltlich mit dem Ziel zu überarbeiten, dass auf Teilflächen zur Seite der Ricarda-Huch-Str. Wohnnutzungen (nach Möglichkeit auch in Kombination mit gewerblichen und dienstleistungsorientierten Nutzungen in den Erdgeschosszonen), Einrichtungen für soziale Nutzungen und personennahe Dienstleistungen (z. B. Altenwohnen, Pflegeeinrichtungen, Kita, etc.) und auf Teilflächen zur Seite der BAB 115 büroorientierte gewerbliche Nutzungen entstehen können.

Dabei soll die Integration der bereits ortsansässigen Betriebe in das städtebauliche Konzept oder deren stadtgebietsinterne Verlagerung durch die Projektentwickler gewährleistet werden.

... Es soll geprüft werden, wie die bisher geplanten Bruttogeschossfläche auf den Baufeldern entlang der Autobahn 115 für die Ansiedlung von Gewerbe im Verhältnis zur Wohnbebauung realisiert werden kann.

Weiterhin soll geprüft werden, welche planungsrechtlichen Vorgaben und vertraglichen Verpflichtungen getroffen werden müssen, um sicherzustellen, dass vor der Erteilung von Baugenehmigungen die zusätzliche Verkehrserschließung durch die Projektentwickler realisiert ist. Die verkehrliche Erschließung ist unter größtmöglichem Erhalt des südlich angrenzenden Waldstückes zu planen.

Eine Realisierung der Wohnbaurechte ohne vorherige oder wenigstens gleichzeitige Realisierung der Gewerbebaurechte soll dabei ausgeschlossen sein.

Auf den Wohnbauflächen sind gemäß Potsdamer Baulandmodell mietpreis- und belegungsgebundener Wohnraum herzustellen sowie die Kostenbeteiligung an den neu verursachten Platzbedarfen in Krippe, Kita, Hort und Grundschulen zu leisten.

Die hier formulierten Vorgaben konkretisieren die Planungsziele der Bebauungsplanänderung und bilden gleichzeitig die Rahmenbedingungen für den im Zuge der Vorbereitenden Untersuchungen (vgl. Beschluss 14/SVV/0807) mit

den Eigentümern zu verhandelnden Städtebaulichen Vertrag. In diesem Vertrag sind die Verpflichtungen der Vertragspartner zur Abwendung des besonderen Städtebaurechts, im Bezug der verkehrlichen Erschließung und im Rahmen des Potsdamer Baulandmodells zu fixieren. Dies soll nicht vor der beabsichtigten Novellierung der Baulandrichtlinie erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 4.7 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen

Vorlage: 19/SVV/0034

Fraktion CDU/ANW

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion hat folgender neuen Fassung zugestimmt:

1. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 13 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam („sonstige, nicht formalisierte Beratungsgremien“) ein Gremium zur Gestaltung der Ernährungspolitik auf lokaler Ebene zu bilden.*
2. *Das Gremium erhält die Bezeichnung: "Ernährungsrat der Landeshauptstadt Potsdam"*
3. *Dem Ernährungsrat sollen Vertreter folgender Wirtschaftseinrichtungen und -Bereiche angehören:*
 - *Erzeugern wie z.B. Forum Natur, Pro Agro, usw.*
 - *Handel wie z.B. AG Innenstadt, AG Babelsberg, Handelsverband Berlin-Brandenburg, DLG*
 - *Gastronomie/Tourismus, wie z. B. Dehoga, IHK, Verband der Köche*
 - *Entsorgung, wie z. B. STEP, Refood*
 - *Lieferanten, wie z. B. Fruchtextpress, Frische Paradies, Weihe, usw.*
 - *Wissenschaft, wie z.B. Deutsches Institut für Ernährungsforschung Potsdam Rehbrücke Universität Potsdam, Klimainstitut*
 - *Verbraucher, wie z. B. Kita-, Schulträger, Verbraucherzentrale, Oberlinhaus, EvB-Klinikum usw.*
 - *Initiativen, wie z.B. die Tafel Potsdam e. V., Slowfood, Ich kann kochen!, usw.*
 - *die Verwaltung mit der Wirtschaftsförderung, dem Gesundheitsamt sowie weiteren betroffenen Bereichen*
 - *Gesundheitswesen*
 - *weitere betroffene Bereiche/interessierte Stellen/Organisationen*
4. *Der Ernährungsrat soll die Stadtverordnetenversammlung (SVV), deren Ausschüsse und die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam in allen, die Ernährung der Stadt betreffenden Angelegenheiten beraten sowie allen teilnehmenden Institutionen beratend zur Verfügung stehen.*
5. *Die Mitglieder des Ernährungsrates werden namentlich auf Vorschlag des Oberbürgermeisters durch die SVV für die Dauer von drei Jahren berufen. Die Fraktionen der SVV können ein Mitglied mit Anwesenheits- und Rederecht, ohne Stimmrecht, entsenden. Hierdurch soll die Unabhängigkeit der Empfehlungen des Ernährungsrates an die Stadtverordnetenversammlung gewahrt bleiben.*
6. *Der Ernährungsrat wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden und gibt sich selbst eine Geschäftsordnung, die auch über den in Punkt 4. beschriebenen Aufgabenbereich hinausgehen kann.*

7. *Der Oberbürgermeister legt fest, welche Bereiche der Verwaltung ständige Teilnehmer an den Sitzungen des Ernährungsrates sind und welcher Bereich die Betreuung des Gremiums übernimmt. Zu den Inhalten der Betreuung gehören auch Fragen zur Ausstattung des Ernährungsrates, der Wechsel von Mitgliedern des Ernährungsrates sowie die Sicherstellung der Berichtspflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung.*
8. *Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, dem Hauptausschuss im Juli 2019 einen Zwischenbericht und in der SVV im Oktober 2019 - gemäß Punkt 3 und 5 - eine Vorschlagsliste für die Berufung der Mitglieder vorzulegen sowie die notwendige personelle und finanzielle Ausstattung sicherzustellen.*

Nach der Berufung der Mitglieder, ist durch den vom Oberbürgermeister festzulegenden Bereich gemäß Punkt 7 zur Konstituierung des Ernährungsrates einzuladen.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass bei einer Beschlussfassung in der vorliegenden Form die Aufforderung an Herrn Exner geht, die zusätzlichen personellen, und damit verbunden, die finanziellen und räumlichen Bedarfe darzustellen.

Herr Finken beantragt folgende Änderung im 1. Satz:

1. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen und darzustellen, mit welchem Aufwand**, gemäß § 13 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam („sonstige, nicht formalisierte Beratungsgremien“) ein Gremium zur Gestaltung der Ernährungspolitik auf lokaler Ebene ~~zu bilden~~ **gebildet werden kann.***

Ab Punkt 2 wird der Text Teil der Begründung.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen und darzustellen, mit welchem Aufwand**, gemäß § 13 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam („sonstige, nicht formalisierte Beratungsgremien“) ein Gremium zur Gestaltung der Ernährungspolitik auf lokaler Ebene ~~zu bilden~~ **gebildet werden kann.***

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 4.8 Erweiterung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 19 (Groß Glienicke)
Vorlage: 19/SVV/0150
Fraktionen DIE LINKE, DIE ANDERE, Bürgerbündnis-FDP

zurückgestellt – das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

zu 4.9 Gerechtes Parken in Drewitz - Senkung der Kosten für die Anwohnerparkkarte

Vorlage: 19/SVV/0163

Fraktionen SPD und CDU/ANW

zurückgestellt – das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

zu 4.9.1 Evaluierung Verkehrsführungen und Parkraumbewirtschaftungskonzept Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 19/SVV/0105

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

zurückgestellt – zusammen mit der DS 19/SVV/0163

zu 4.10 Einwohner*innenversammlung RAW-Bebauung

Vorlage: 19/SVV/0188

Fraktion DIE aNDERE

zur Erledigung

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Antrag zurückzustellen, und die Ergebnisse der geplanten Einwohnerversammlung zu berücksichtigen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; der Antrag wird zurückgestellt bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 10.04.2019.

zu 4.12 Gründung einer quartiersbezogenen Gesellschaft in Krampnitz zwischen der Energie und Wasser Potsdam GmbH, der Stadtwerke Potsdam GmbH und der Deutsche Wohnen

Vorlage: 19/SVV/0198

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Redebedarf besteht zu dieser Vorlage nicht.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Gründung einer quartiersbezogenen Gesellschaft für Krampnitz unter Beteiligung der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP), der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) und der Deutsche Wohnen Beschaffung und Beteiligung GmbH (DW) gemäß dem beiliegenden Gesellschaftsvertrag (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 4.13 Entwicklungsmaßnahme Krampnitz: Beschluss der Masterplanung Krampnitz

Vorlage: 19/SVV/0205

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Redebedarf besteht zu dieser Vorlage nicht.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Masterplan für die Entwicklungsmaßnahme Krampnitz stellt die Konkretisierung der Entwicklungsziele der ehemals militärisch genutzten Liegenschaft dar, insbesondere als Grundlage für die zukünftigen Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung.

Eine aktualisierte Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz ist bis Mitte Mai 2019 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 3 Stimmenthaltungen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Prüfergebnis Kiezbad für den Norden gemäß Beschluss: 18/SVV/0534

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Zurückgestellt bis zur Hauptausschusssitzung am 10.04.2019.

zu 5.2 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft

Vorlage: 19/SVV/0278

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Prüfung Erweiterung B-Plan Nr.19 im OT Groß Glienicke
Vorlage: 19/SVV/0101**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

zurückgestellt zur gemeinsamen Behandlung mit der DS 19/SVV/0150

zu 5.4 Vorstellung "Haus des Sports"

Herr Gerlach, Vorstandsvorsitzender des Landessportbundes, stellt anhand einer Präsentation das Projekt „Haus des Sports“ vor und bittet die Stadtverordneten, dem Landessportbund zur Realisierung des Vorhabens das benötigte Grundstück zur Verfügung zu stellen.

In der sich anschließenden Diskussion wird die Finanzierung nachgefragt. Herr Gerlach führt aus, dass die Umsetzung über Kredite erfolgen wird. Die Nachfrage, ob der Stadtsportbund ebenfalls in das „Haus des Sports“ einziehen wird beantwortet Herr Gerlach dahingehend, dass dieser kein Interesse bekundet habe; die Möglichkeit bestehe aber durchaus.

Die entsprechende Beschlussvorlage zur Grundstücksübertragung wird zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03. April 2019 vorgelegt.

zu 5.5 Information zum Mentoringprogramm für Frauen

Herr Jetschmanegg, komm. Dezernent für den Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, stellt anhand einer Präsentation den Stand der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, DS 17/SVV/0601, vor.

Im August / September 2019 ist die Präsentation der Abschlussarbeit der Mentees vor den Stadtverordneten geplant.

Auf die Nachfrage von Frau Armbruster, inwieweit Frauen verstärkt bei der Besetzung von Führungspositionen berücksichtigt werden, antwortet Herr Jetschmanegg, dass die bei Bewerbungsverfahren geltenden Kriterien einzuhalten sind.

zu 6 Verfahren zum Umgang mit offenen Anträgen und Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg
17/SVV/0365**

Frau Aibel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, erläutert anhand einer Präsentation den Sachstand zum Bau einer Grundschule in Babelsberg.

Die Beigeordnete betont, dass die abschließende Entscheidung zum Grundschulstandort erst nach der Prüfung durch die Kommunalaufsicht erfolgen kann. Bis dahin wird die Sandscholle als Schulstandort offengehalten.

Frau Dr. Schröter erklärt namens der antragstellenden Fraktion, dass sich mit der Aufnahme dieser Aussage in die Niederschrift, der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt hat.

Die vorläufige Zeitplanung wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**zu 6.2 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisk
17/SVV/0715**

Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, gibt den Sachstand zur Kenntnis und erklärt zur Niederschrift, das Verfahren erfolgreich abzuschließen.

Der Antrag wird von Frau Armbruster im Namen der antragstellenden Fraktion, zurückgezogen.

**zu 6.3 Durchgangsverkehr Hügelpfad reduzieren
18/SVV/0055**

Herr Finken erklärt namens der antragstellenden Fraktion, den Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt, unter der Maßgabe, dass die Festlegung, regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen im Bereich Hügelpfad durchzuführen, in der Niederschrift aufgenommen wird.

zu 7 Sonstiges

mitMachen e.V.

Herr Jetschmanegg, komm. Dezernent des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, verweist auf den im Rahmen der Bürgerbeteiligung bestehenden Vertrag mit dem mitMachen e.V., Dieser enthalte die Option auf Verlängerung. Da der Vertrag in Kürze auslaufe und die Zusammenarbeit mit dem Verein sehr zufriedenstellend sei, ist geplant, den Vertrag zu verlängern.

Lerchensteig

Herr Richter, Werkleiter Kommunaler Immobilienservice (KIS) gibt anhand einer Präsentation den Sachstand zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes inklusive Sportfunktionsgebäude im Potsdamer Norden zur Kenntnis und führt aus, dass sich jetzt im Rahmen der Entwicklung ein finanzieller Mehrbedarf in Höhe von 1,59 Mio € ergibt.

Diesbezüglich werde eine Entscheidung benötigt, ob das Projekt aufgrund des finanziellen Mehrbedarfes abgebrochen oder weitergeführt werden soll.

Antrittsbesuch des neuen Generaldirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Der Oberbürgermeister informiert über den Antrittsbesuch des neuen Generaldirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Herrn Prof. Dr. Vogtherr am 25.03.2019. Er habe angeboten, sich den Mitgliedern des Hauptausschusses vorzustellen, soweit dies gewünscht sei. Gleichzeitig sei vereinbart worden, dass der Oberbürgermeister regelmäßig, einmal im Jahr, Gast in den Gremien der Schlösserstiftung sein wird.

Treffen der Landräte und der Oberbürgermeister

Des Weiteren berichtet er, über ein Treffen der Landräte und der Oberbürgermeister im Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg am 27.03.2019 zum Thema Ehrenamtssatzung.

Diese Satzung sei in Bearbeitung; ein Termin für die Beschlussfassung im Landtag kann derzeit nicht benannt werden.

Bürgerversammlung im Zentrum Ost

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt informiert über eine am 02.04.2019 geplante Bürgerversammlung zu baulichen Veränderungen im öffentlichen Verkehr im Zentrum Ost.